



Stellungnahme zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstands,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger und Vertreter der lokalen Medien,

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“

(Olaf Scholz in der Regierungserklärung vom 27. Februar 2022)

Kaum ein Satz aus dem Jahre 2022 ist öfter zitiert worden und hat mehr Anerkennung und Zustimmung über das Regierungslager hinaus gefunden als dieser. Was bedeutet dieser Satz – wenn wir uns ihm anschließen- für Rheine? Was erwarten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt von uns, ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern in dieser Phase der Zeitenwende? Die Frage von Krieg oder Frieden entscheidet sich nicht hier in diesem Saal - und doch spielt sich die vom Bundeskanzler angesprochene Geschichte unseres Kontinents hier wie an Tausenden anderer Orte in Europa ab, wird auch hier im Rahmen unserer Zuständigkeit mitgestaltet.

Auch in Rheine arbeiten wir an den globalen Themen im lokalen Rahmen. **Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen, Bildung und Teilhabe für alle, Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheine, Digitalisierung, Mobilitätswende** sind wichtige Aufgaben des kommunalen Handlungsrahmens. Was davon umgesetzt werden kann, steht in diesem Jahr und in den Folgejahren unter dem Vorzeichen einer beunruhigenden Entwicklung der erwartbaren Planzahlen des Haushalts.

Die Jahre 2023-2026 sind, selbst wenn sich am Ende die Planzahlen als freundlicher herausstellen sollten, als das heute der Fall ist, eine bedrohliche Kulisse für den Haushalt der Stadt Rheine und damit für den Handlungsspielraum von Rat und Verwaltung. Ergebnisplan und liquide Mittel werden in den nächsten 3 Jahren beängstigend schnell und hoch ins Minus geraten.

Wenn wir hier nicht entschieden **gegengesteuern**, dann ist der Absturz in die Haushaltssicherung, wenn nicht im laufenden, so doch in den Folgejahren vorhersehbar.

Gegensteuern – wie ist das möglich?

Auf eine einfache Formulierung gebracht heißt das: **Ausgaben senken! Einnahmen erhöhen!**

Was sich so einfach anhört, ist bei genauerem Hinsehen gar nicht so einfach, zumindest die unerwünschten „Nebenwirkungen“ und die begrenzten Handlungsspielräume dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Einnahmen erhöhen:

Soweit Einnahmen nicht durch Zuwendungen und allgemeine Umlagen entstehen, bedeutet das:

Steuern erhöhen!

Gebühren und Entgelte für kommunale Leistungen erhöhen!

Das hieße dann z. B.:

Wohnen wird teurer für alle, wenn wir die Grundsteuer B erhöhen, betroffen wären aber vor allem die, denen die Kosten für das Wohnen schon jetzt finanziell „die Kehle zuschnüren“. Die Menschen, die schon jetzt auf den Mangelmarkt „Wohnen“ keinen oder kaum Zugriff mehr haben.

Wollen wir als Kommune an der Preisspirale für die Gesamtkosten des Wohnens aktiv mitdrehen? Wollen wir diese „Nebenwirkung“ in Zeiten, in denen ohnehin das Leben teurer und teurer wird, billigend in Kauf nehmen?

Wir wollen das nicht-heute nicht und auch nicht in einem Jahr.

Ausgaben senken!

Hier stellt sich zunächst die Frage: **Welche Ausgaben lassen sich überhaupt durch die Kommunalpolitik steuern?** Ein Blick in den Gesamtplan des HH-2023 ernüchtert sofort alle, die meinen, durch politische Beschlüsse das Delta zwischen Erträgen und Aufwendungen wesentlich reduzieren zu können. Die Übersicht im Gesamtplan 2023 macht schnell deutlich, dass die laufenden Haushaltsberatungen des vergangenen Herbstes zwar Einsparungen in verschiedenen Bereichen erbracht haben, insgesamt stand dafür aber nur ein bescheidener Rahmen zur Verfügung. Allerdings lässt sich auch feststellen, dass die möglichen Kürzungen und Einsparungen dank der Fleißarbeit vor allem der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der Grünen nicht selten mit großen Mehrheiten umgesetzt worden sind, wenngleich die Beratungen und Diskussionen in den Ausschüssen auch gezeigt haben, dass nicht alle Einsparbemühungen wirklich umsetzbar waren. Das Klima der Beratungen war deutlich weniger von politischen Grabenkämpfen geprägt als in zurückliegenden Jahren. Insbesondere in den Diskussionen um „grüne Positionen“



ist hervorzuheben, dass das in den Vorjahren zum Teil überbordende parteipolitische Engagement in diesem Jahr ein wesentlich größeres Maß an Kompromissfähigkeit und Einsicht in pragmatische Lösungen erkennen ließ.

(s. HDF 20.12.22 5% Kürzung bei Personalaufwendungen über alle Fachbereiche-die Grünen haben den Antrag bekanntlich in der Sitzung zurückgezogen)

Ich bitte darum, diese kleine Randbemerkung als Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung anzusehen für die geleistete Arbeit, die Diskussionskultur und die Sachlichkeit der politischen Auseinandersetzung. Der Vollständigkeit halber möchte ich hinzufügen, dass sich nach unserer Beobachtung der Umgang **aller** politischen Konkurrenten im Rat im zurückliegenden Jahr und insbesondere bei den Haushaltsplan-Beratungen -von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen- insgesamt versachlicht hat-eine Entwicklung, die wir als UWG begrüßen und deren Fortsetzung wir uns wünschen.

Nach wie vor sind die immensen Transferleistungen im Bereich Jugendhilfe und Soziales eine Belastung für den kommunalen Haushalt, weil vom Gesetzgeber beauftragte Leistungen von den Kommunen zu tragen sind, ohne dass im entsprechenden Umfang den Kommunen die Mittel zur Deckung dieser ständig wachsenden Leistungen zur Verfügung gestellt werden (>Verletzung des Konnexitätsprinzips). Hier appelliere ich an die Vertreter der Ampel in diesem Rat, sich mit Nachdruck auf ihren „Parteischienen“ für die Aufhebung dieses Missstandes einzusetzen (in Berlin, nicht hier!!!)

Der erste Teil meiner Darstellung hat sich mit dem begrenzten finanziellen Spielraum und den beunruhigenden Zahlen für den Finanzplanungszeitraum bis 2026 befasst und zeichnet gewiss kein Wunschscenario. Das bedeutet aber keineswegs, dass für 2023 Stillstand geplant.

Einige Punkte, die uns als UWG Rheine wichtig sind, benenne ich in der gebotenen Kürze:

Thema: Wohnen

Das **Wohnraumversorgungskonzept** und der **Sozialbericht Rheine 2022 mit dem Schwerpunkt „Wohnen“** sind **Instrumente, die in 2023 dringend Taten nach sich ziehen müssen.**

Hier ist die Klugheit von Rat und Verwaltung gefragt, in diesen wichtigen sozial- und stadtentwicklungspolitischen Handlungsfeldern bedarfsgerechte Lösungen umzusetzen. Die Entwicklung des „Europaviertels am Waldhügel“ trägt das Potenzial in sich, den **Erfordernissen des Klimaschutzes** und **der Klimafolgenanpassung**, einer **zukunftsorientierten urbanen Mobilität** wie auch der Notwendigkeit zur **Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum** auch für Menschen mit geringem Einkommen gerecht zu werden.

Thema: Klimaschutz und CO₂-neutralität

In diesem eminent wichtigen Handlungsfeld stehen wir vor den größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Der Streit um die Vorgehensweise **-Maßnahmen oder Konzepte-** ist im Dezember 2022 zugunsten der Maßnahmen entschieden worden. Unstrittig bleibt aber, dass wir als kleiner Teil der vom Klimakollaps bedrohten Erde zumindest unseren kleinen Teil zur Begrenzung der spürbaren Klimaveränderungen beitragen müssen, wollen wir unseren Kindern und Kindeskindern nicht jegliche Zukunftsperspektive nehmen. Ausbau regenerativer Energien (PV-Anlagen auf Freiflächen, privaten und öffentlichen Gebäuden, Ausbau der Windkraft, Wärmepumpen zur Wärmegewinnung aus Wasser, Boden, Luft), als Stadt ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zur Umsetzung privater und öffentlicher Investitionen zu schaffen-wir sind dazu auf einem guten Weg, gestritten wird über das Tempo der Umsetzung und über die Prioritäten.

Die vorübergehende Intensivierung der Kohleverstromung (Stichwort: Lützerath) und die weitere Nutzung der Kernenergie (das Emsland-Kraftwerk in Lingen befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft), stehen beispielhaft für den Spagat zwischen sicherer Energieversorgung und Schutz der Atmosphäre vor weitere CO₂-Belastung. Die Diskussionen um die richtigen Wege und auch um das wirtschaftlich umsetzbare Tempo werden uns -das ist nicht schwer voraussagbar- in den kommenden Jahren begleiten.

Thema: Ausbau des Schulstandortes

Die Stadt hat als Schulträger die wichtige Aufgabe, den Schul- und Bildungsstandort Rheine baulich und sächlich bestmöglich aufzustellen. Wenn uns neuere Bildungsuntersuchungen immer wieder vor Augen führen, dass der Bildungsstandort Deutschland im internationalen Vergleich weiter zurückfällt, dann hat das viele Ursachen. Eine qualitativ und quantitativ gute Versorgung der Schulen mit

Lehrerinnen und Lehrern fällt nicht in diesen Aufgabenbereich der Kommune. Die Bereitstellung geeigneter und hochwertiger Räumlichkeiten, die Versorgung mit integrierten Kräften im Bereich der Schulsozialarbeit ist aber sehr wohl Aufgabe des Schulträgers und damit ein unverzichtbarer Baustein einer leistungsfähigen Schullandschaft. Den Versuch, den Neubau der Elsa-Brändström-Realschule zu verschieben, um die daraus entstehenden finanziellen Belastungen in die Zeit zu setzen, lehnen wir ab, weil wir der Meinung sind, dass hier unverzüglicher Handlungsbedarf besteht.

Auch die „kalte Verschrottung“ der erst kürzlich angeschafften Raumluftfilteranlagen in den Schulen lehnen wir ab. Hier tragen wir die fahrlässige Vernichtung von Vermögen um eines kurzfristigen Einspareffektes willen nicht mit, weil wir weiterhin überzeugt sind, dass es sich hier um eine qualitative Aufwertung unserer Schulgebäude handelt.

Um den gesetzten Rahmen nicht zu sprengen und die Geduld meines Auditoriums nicht über Gebühr zu strapazieren verzichte ich auf die Ausführung weiterer wichtiger Handlungsfelder des kommenden Jahres.

Die UWG Rheine wird der Haushaltssatzung und dem Stellenplan für das Jahr 2023 und der Finanzplanung der Folgejahre bis 2026 zustimmen, auch wenn wir nicht alle Einzelbeschlüsse mittragen. Der aufgezeigte enge Handlungsrahmen, der uns gesetzt war (**„Budgetüberschreitungen sind zu vermeiden“, stand am Ende der meisten Beschlussvorlagen**) lässt keine wirklichen Alternativen erkennen, die Differenzen in einzelnen Punkten zu den Mehrheitbeschlüssen, die wir nicht mittragen konnten, haben nicht das Potenzial, sich glaubwürdig der gemeinsamen Verantwortung für die Handlungsgrundlage zu entziehen, die der heutige Beschluss zum Haushalt und zum Stellenplan darstellt.

Unser Dank gilt allen, die in welcher Form auch immer, diese Mammutaufgabe zum Abschluss gebracht haben.

Rheine, 17.01.2023



(Fraktionsvorsitzender)